

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

17.5.1861 (No. 115)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 17. Mai.

N. 115.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühren: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 16. Mai. Durch Allerhöchste Ordre vom 12. d. M. wird dem Rittmeister Wilhelm von Seldeneck vom Armeekorps auf sein unterthänigstes Ansuchen die Entlassung aus demselben ertheilt.
Durch weitere a. h. Ordre vom 14. d. M. wird Leutnant von Schilling vom 3. Dragonerregiment Prinz Karl auf sein unterthänigstes Ansuchen aus dem Armeekorps entlassen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, 16. Mai, Nachmittags. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung gab Oesterreich abweichende Erklärungen in Bezug auf den preussischen Antrag in der Oberbefehlshaber-Frage ab. Goltz urtheilte die Entscheidung in Betreff des Darmstädter Antrags gegen den Nationalverein.

Marseille, 15. Mai. (Sch. M.) Briefe aus Beyrut melden, daß türkische Soldaten auf Franzosen, darunter einen Genieoffizier, einen Angriff gemacht haben. General Beaufort hielt einen Kriegsrath, in welchem beschlossen wurde, daß drei derselben vor den aufgestellten Truppen durchgeprügelt werden sollen. Ein Tagesbefehl ordnet an, daß die Franzosen nur bewaffnet ausgehen sollen. Lord Dufferin verlangt, daß die Engländer ihre Unterschrift von der Petition um Verlängerung der Diskipation zurückziehen. In Bakba haben schwere Raubführungen gegen die Christen stattgefunden.

Konstantinopel, 8. Mai. Die Pforte hat in einem diplomatischen Rundschreiben angezeigt, daß sie in eine Vereinigung der Donaufürstenthümer einwilligt; sie verlangt aber, daß die Konvention hierzu in Konstantinopel und nicht in Paris unterzeichnet werde. Die walachische Kammer hat das Ministerium in Anklagezustand versetzt. Sir Henry Duler ist im Begriff, einen Handelsvertrag zwischen seiner Regierung und der Türkei zu unterzeichnen. Die Circassier in der Nähe von Smyrna bedrohen die Stadt und verlangen nach Rußland zurückzuführen. In Konstantinopel ist im Quartier Phanar eine Feuerbrunst ausgebrochen, welche 300 Häuser zerstörte. Das hiesige „Journal“ macht bekannt, daß die Nachrichten aus Montenegro sehr traurig lauten. Omer Pascha begibt sich längs der Donau nach Moskau und wird dabei die serbische Grenze inspizieren. Bosnien verhält sich noch ruhig, wird aber, wie versichert wird, sehr bearbeitet. Das Papiergeld soll in den Provinzen nicht angenommen werden. In Konstantinopel, wo das Gendarmen Regiment vermehrt, hat es nur halben Werth. Makate, welche mit Brandstiftung drohen, sind in türkischer Sprache gegen den Sultan angeheftet worden. Zwischen den Griechen und Bulgaren haben während der Osterfeiertage blutige Streitigkeiten stattgefunden. Die Pforte hat dieselben unterdrückt.

Ein Arzt in Kalifornien.

(Fortsetzung.)

Hullings war ein Kneipenläufer, ein roher brutaler Wüsthin, der allgemein in schlechtem Rufe stand und auch auf Achtbarkeit nie Anspruch machte. Es hieß, er habe an mehr als einem Ort in den südlichen Staaten jedes Mal eine vortheilhafte Praxis verloren, weil er sich durch ein ausschweifendes Leben den Zutritt in anständigen Familien verweigerte oder unmöglich machte, und da er auch häßlich wie lieblich war, so hatte er zuletzt New-Orleans verlassen und sich nach Kalifornien wenden müssen, um den Gerichten wegen einer Tödtung in einem Kaffeehause aus dem Wege zu gehen.

„Und Tödtung ist noch ein milder Ausdruck in so einem Falle,“ sagte mein freundlicher Gewährsmann, der Landmesser, der mir Placerville empfahl hatte; „New-Orleans ist keine heilige Stadt, das blühen Sie mir glauben; und wenn's sich so verhält, wie man mir's erzählt hat, so wäre er bei einer Jury in den nördlichen Staaten wohl auf Mord angeklagt worden.“

Ich führe das an, nicht um das Andenken eines Mannes, der nun vor dem ewigen Richterstuhl steht, unnötig schwarz zu machen, sondern um zu zeigen, wie unglücklich meine Stellung einem solchen Konkurrenten gegenüber war und wie überaus schwer es für den allerfeindschaftlichen Menschen unter den Verhältnissen gewesen sein würde, anders zu handeln, als ich zu handeln gewissermaßen mich gezwungen fand.

Um's kurz zu machen, — in Kalifornien, ohnehin nie eine sonderlich moralische Atmosphäre, fand Dr. Hullings vom Schlimmen in's Schlimmere. Selten nüchtern, trank er eine volle Woche in einem Fort, wobei er sich die ärztlichen Tauglichkeit in ganz Placerville zu seinen Bekämpfern erkor, und selten hörten seine Gelage auf, bis seine Tasche leer war. Dann raste er sich aus Faulheit und Unmüdigkeit

Der Nationalverein.

Der Nationalverein hat während seines noch nicht zweijährigen Bestehens eine solche Bedeutung gewonnen, daß ihm die fortwährende Theilnahme der gesamten Presse, der befreundeten, wie der feindlichen oder neutralen, nicht entgegen kann. Es ist ein in Deutschland seltenes Schauspiel, viele Tausende von Männern dauernd zu Verfolgung einer bestimmten politischen Idee vereinigt, sie fortgesetzt zu nicht unbeträchtlichen Opfern an Zeit, persönlicher Nähe und Geld bereit, ja, was unzähligen unserer Landesleute noch weit schwerer fällt, sie selbst dazu bereit zu sehen, sich mit ihrer individuellen Ueberzeugung großen, gemeinsamen Beschlüssen unterzuordnen. An äußeren, sachlichen wie persönlichen Erklärungsgründen des überraschenden Erfolges fehlt es hier so wenig, wie in allen andern ähnlichen Fällen; es wäre aber doch eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise, sich dabei zu beruhigen und nicht nach dem tieferen Grunde der merkwürdigen Bewegung zu forschen. Wir finden ihn darin, daß der Gedanke der nationalen Einheit Wurzel gefaßt hat in dem Gewissen unseres Volkes, dessen Art es ist, bei Erfüllung der einmal erkannten Pflicht kein Opfer zu scheuen. Die Verwirklichung unserer nationalen Einigung ist, das wird von keinem unbefangenen Beobachter in Abrede gestellt werden können, von unserm Volke als seine nächste und höchste sittliche Aufgabe erkannt worden. Nur daraus, daß der Nationalverein dieser geistigen Strömung entgegenzukommen und ihr einen Ausdruck zu geben verstand, ist seine rasche Verbreitung auch unter Soldaten zu erklären, welche mit der spezifischen Form, in welcher er den allgemeinen Gedanken der deutschen Einigung ausführen will, nichts weniger als harmoniren. Damit ist die Stärke und zugleich die Schwäche des Vereins bezeichnet. Seinem allgemeinen Gedanken einer Einigung aller nationalen Kräfte in fester, politisch brauchbarer Form gehört das Herz unseres ganzen Volkes; die Frage über diese Form selbst ist für die Mehrzahl noch eine offene.

Die Lektüre des jüngsten Rechenschaftsberichtes des Vereins ist es, welche diese Gedanken in uns anregt; man kann sie nur mit Interesse und vielfach aufrichtiger Zustimmung lesen. Entstehung und bisherige Wirksamkeit des Vereins, über welche hier zusammenfassende Mittheilungen gemacht werden, sind in so frischem Angehendem, daß wir darauf nicht eingehen wollen. Aber selbst diese bekannten Thatsachen überraschen, wenn man sie in ihrem Zusammenhang und ihrem stetigen Fortschreiten überblickt. Besonders anziehend waren uns die einleitenden allgemeinen Bemerkungen über die nationalen und liberal-demokratischen Tendenzen unserer Zeit. Man wird es in der That als ein Verdienst des Vereins anerkennen müssen, daß er zuerst in Deutschland werthig und mit günstigem Erfolg die Ueberbrückung der Klüfte versuchte, welche Jahre lang konstitutionelle und demokratische Scheinbar unverträglich trennte. Die Hoffnung des ferneren Gelingens kann nur steigen, wenn man aus dem Bericht ersieht, daß die von ihm erstrebte Vereinigung dieser beiden Parteien, von welcher unsere ganze Zukunft abhängt, nicht auf hinterhältiger Verschweigung der vorhandenen Gegensätze, sondern auf der Erkenntniß beruht, daß sie der höheren Forderung der nationalen Einheit nachstehen müssen, und daß sie unter deren Schutz, wäre sie erst einmal errungen, beide den Raum zu friedlichem Wettkampf gewinnen würden.

Am interessantesten sind die Aeußerungen der Schrift über die Aussichten des Nationalvereins. Sie geht hier sehr entschieden über das bisherige Programm des Vereins hinaus. Sie begnügt sich nicht mehr mit der allgemeinen Forderung einer deutschen Zentralgewalt und eines deutschen Parlamentes, sondern mittelst einer theoretischen Deduktion, welcher die bestehenden Machtverhältnisse zu Grunde liegen, und weil jeder revolutionäre Schritt von dem Verein eben so sehr prinzipiell als aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt wird, postulirt sie direkt und ausdrücklich die Uebertragung der Zentralgewalt an Preußen. Die Erfahrung wird zu zeigen haben, ob der Verein, welcher bisher nur dadurch bestand und sich ausdehnte, daß er diese Konsequenz nicht zog, den Aufstellungen seines Vorstandes sich anschließen wird. Jedenfalls glauben wir, daß der praktische Versuch, nach den Vorschlägen der Denkschrift eine deutsche Nationalversammlung zu berufen, heute mit ernstlicher Hingebung von Preußen versucht, dennoch scheitern und die Gefahren, die zu beschwören er bestimmt wäre, nur zum Höchsten treiben würde.

Der Verein ist durch die thatsächlichen Verhältnisse wie durch seinen eigenen freien Entschluß auf die rein geistige Arbeit angewiesen, den Gedanken der nationalen Einigung zu pflegen und zu kräftigen. Der sicherste Weg dazu ist nach unserer deutschen Art, welche nicht gerne ohne verständige Einsicht vorschreitet, der, die Idee in ihren wesentlichen Folgerungen zu voller Klarheit auszubilden. Diese Arbeit ist mühsam und verspricht nur eine langsam heranreifende Frucht; aber sie ist notwendig und der endliche Lohn ist sicher, während jetzt die Gluth noch nicht stark genug ist, um einen Guß deutscher Einheit ohne Sprung und Miß erwarten zu können.

Die Denkschrift konstatiert die große Verschiedenartigkeit der innerhalb des Vereins über die Reichsverfassung von 1849 bestehenden Ansichten. Von hier hat die Klärung des Urtheils und damit die Sicherheit des Entschlusses auszugehen. Zentralgewalt und Parlament, so verführerisch der Klang dieser Worte in vielen Ohren klingen mag, bezeichnen doch zu allgemeine Begriffe. Wir wollen innerhalb des großen Ganzen die Einzelheiten als solche erhalten wissen — die in der hiesigen Vereinsversammlung gelegentlich gemachte Vergleichung der künftigen Stellung unserer Fürsten mit der der englischen Peers ist eine völlig verkehrte — das Verhältniß des Ganzen zu seinen Theilen bedarf also einer klaren Bestimmung. Der Zauber jener Formel wird dadurch bei ihren Anhängern nichts verlieren, der Schrecken aber, welchen sie auf Andere übt, gemildert und allmählig beseitigt werden, und die überzeugende Macht der Idee, durch welche allein zu wirken ist, kann durch klarere Ausbildung nur gewinnen. Wir halten es für eine entschiedene Schattenseite der Denkschrift, daß sie alle dahin zielenden Andeutungen geistlichlich vermieden hat. Das Programm könnte hier, ganz im Gegensatz zur 49er Verfassung, nur lauten: Beschränkung der Zentralgewalt auf das schlechthin Unentbehrliche; innerhalb dieses Gebietes aber für die Zentralgewalt nicht bloß formale Rechte, sondern volle materielle Macht.

Uns Deutschen gelingen die genialen Sprünge nicht; nur mit bedächtiger Umschau kommen wir zum Ziel. Darum müssen wir unverdrossen der Mühe den Plan des großen Gebäudes, das über alle deutschen Stämme sein schirmendes Dach ausbreiten soll, klar aufzeichnen und zu möglichst allgemeiner Anerkennung bringen. „Innerlich müssen wir fertig

hätten vertreiben lassen; Drohungen, denen sein fürchtbarer Ruf als einer der „kapitalsten“ Schlägen des Bezirks Gewicht gab.

„Das waren aber junge Hasenfüße, Doktor, die in allerwege nicht nach Kalifornien pösten,“ sagte der Landmesser. „Nun, Doktor, nehmen Sie meinen Rath — lassen Sie sich von Hullings nicht in's Bodenhorn jagen. Sie brauchen darum keine Hände zu suchen, ich weiß ja, Sie sind nicht süßlich oder aufbrausend; lassen Sie ihn aber gleich im Anfang sich nichts herausnehmen, denn vor nichts hat ein Dramarbas mehr Respekt, als vor einem ruhigen Mann mit dem Herzen auf dem rechten Fleck.“

Hätte ich des Landmessers wohlgemeinten Rath ganz genau befolgt, so hätte ich vielleicht, aber auch kaum vielleicht, einen Ausbruch vermeiden können. Zum Aufstern suchte ich aber gut besser zu machen, und verständlich zu thun, wo ich unbiegsam und abweisend-rüthig mich hätte verhalten sollen.

Bald nachdem ich Praxis bekam, bekam ich denn auch meinen Nebenbuhler im Beruf zum ersten Mal zu sehen.

Die Regen hatten sich eingestellt, und mit dem Goldwaschen und Goldgraben begann meine betrübliche Thätigkeit, denn bald gab es Patienten: mein erster war ein junger Goldgräber, dem sein Kamerad die Epithese ungeschickter Weise in den Fuß geschlagen hatte — ein interessanter Fall wegen der Knochenabschürfungen, während ich erst den Starrkrampf fürchtete; doch mit großer Sorgfalt und Fernhaltung von der Schnapsflasche brachte ich den Mann glücklich durch; mein zweiter, ein Mann, der in einem der in Kalifornien so häufigen Duelle über's Schnupstuch durch den Leib geschossen worden war; auch ihn, hatte ich die Freude, zu retten, obwohl ich ihn in meinem eigenen Zelt pflegen mußte, weil sonst seine Freunde mit ihrem ewigen Herzsärtungen und Branntweinverordnungen ihn bald aus der Welt befördert haben würden. Diese Kuren brachten meinen Namen unter die Landmesser, und nun erzielten „der Doktor“, wie er schließlich hieß, Herr Hullings nämlich, (Fortsetzung folgt.)

sein, einzig in Dem, was wir wollen, bereit zum opferfreudigen Handeln."

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Mai. In einem Artikel voll Shakespeare'schen Geistes und mit einer ungemein glücklichen Parodie des „Brutus ist ein ehrenwerther Mann“ in: „wir ehren jede Ueberzeugung“ spricht das „Evang. Kirchen- und Volksblatt“ seinen Aerger darüber aus, daß so wenige seiner Kandidaten für die bevorstehende Generalsynode aus der Wapurne hervorgehen. Schade nur, daß die Rede des „Volksblattes“ voraussichtlich nicht den Effekt haben wird, wie weiland die des Antonius. Doch halt, am Ende wittert das Blatt auch darin einen Versuch von unserer Seite, es als Verfasser revolutionärer Reden zu denunzieren, und wir können doch mit voller Aufrichtigkeit versichern, daß wir in dem Artikel gar Nichts von Revolution, sondern nur sehr viel Aerger über eine ersttene Niederlage entdecken können. Das „Volksblatt“ beklagt sich, seine Partei erleide Gewalt, und wodurch? Dadurch, daß wir, die „offizielle“ Zeitung, einen Artikel aus der „Zeit“ abdruckten, welcher ausspricht, die Prinzipien des neuen Kirchenverfassungs-Entwurfs erfreuten sich der übereinstimmenden Billigung unseres verehrten Fürsten, der betreffenden Behörden und der großen Mehrzahl der evang. Gemeindeglieder, und der Versuch, ihn zu beseitigen, sei deshalb zwar fest, aber wahrscheinlich erfolglos. Die Freunde des „Volksblattes“ müssen außerordentlich lau sein, wenn sie dadurch sich einschüchtern lassen, daß wir aus einer fremden Zeitung jene übrigens längst und allgemein bekannnten Thatsachen wiederholt mittheilen. Daß übrigens in unserer Zeitung nur die amtlichen Mittheilungen der großh. Regierung, die wir jetzt auch äußerlich von dem Uebrigem trennen, offiziell sind, haben wir so oft und bestimmt erklärt, daß wir hoffen, die Freunde des „Volksblattes“ werden sich bei ruhigem Blut von ihrem unnötigen Schreien bald erholen. Es sieht ihnen in unserm Blatt wirklich nur eine Zeitungsredaktion, keine Regierung gegenüber. Die Titel „Unruhstifter“ und „Empörer“ haben sie nicht uns, sondern nur der fruchtbar Phantasie ihres eigenen Blattes zu verdanken.

Karlsruhe, 16. Mai. Wir können dem „Württembergischen Staatsanzeiger“, der zu seiner Informationsquelle für Nachrichten aus dem Großherzogthum sich den „Karlsruher Anzeiger“ gewählt hat, zu seiner Beruhigung versichern, daß die beabsichtigte Organisation der Verwaltung und Justizämter sich in sehr wesentlichen Punkten von der des Jahres 1849 unterscheiden wird.

Karlsruhe, 16. Mai. Gestern Abend fand in dem Museum die in den badischen Zeitungen angekündigte Generalversammlung zur endgiltigen Konstitution eines badischen Zweigvereins der allgemeinen deutschen Schillerstiftung statt, woran sich bis jetzt Mitglieder aus Freiburg, Lörrach, Donaueschingen, Baden-Baden, Rastatt, Karlsruhe und Wehrheim betheiligten. Der badische Zweigverein, der einen königl. Jahresbeitrag unseres durchlauchtigsten Großherzogs genießt, ist nun definitiv gebildet und hat durch Majoritätswahl der Anwesenden auch einen definitiven Vorstand erhalten, der nach dem Statutenentwurf aus 7 Mitgliedern besteht, die von der Versammlung aus den verschiedenen bei der Sache vorzüglich interessirten Landestheilen gewählt wurden. Aus dem Scrutinium gingen folgende Namen hervor: Hofapotheker und Landtags-Abgeordneter Kirchner in Donaueschingen, Hofgerichts-Rath Wielandt in Freiburg, Medizinalrath Dr. Hüpfel in Baden, Direktor Dr. Deyrieux, Particulier Günther, Münzrath Kachel und Professor Dr. Köhler von hier. Der Vorstand wurde schließlich ermächtigt, mit dem Mannheimer bereits bestehenden Zweigverein wegen Verschmelzung mit dem badischen Landesverein Verhandlungen zu führen und unter festgestellten Bedingungen zum Abschluß zu bringen.

Zinsheim, 16. Mai. Bei der heute dahier stattgehabten Wahl eines geistlichen Abgeordneten zur Generalsynode wurde Hr. Prälat Dr. Ullmann mit 21 gegen 9 Stimmen gewählt. Die Wahl eines Erasmannes fiel mit 22 gegen 8 Stimmen auf Hrn. Dekan Gräbner zu Neckarbischofsheim.

Seidelberg, 15. Mai. Auf dem hiesigen ersten deutschen Handeltage sind folgende Städte durch Abgeordnete vertreten: Aachen, Altona, Augsburg, Bamberg, Barmen, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Brunn, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eberbach, Eberfeld, Emben, Erfurt, Essen, Frankfurt, Freiburg, Fürth, Gera, Gladbach, Gletzig, Hagen, Hamburg, Hanau, Hannover, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Hildesheim, Karlsruhe, Kassel, Keil, Kiel, Köln, Königsberg, Labr, Leipzig, Lempe, Ludwigshafen, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Memel, Meiningen, Mühlheim a. Rh., München, Münden, Münster, Neustadt, Nordhausen, Nürnberg, Offenbach, Offenburg, Reutlingen, Speyer, Steyer, Stuttgart, Trier, Ulm, Wien, Wiesbaden, Worms, Würzburg und Zwettau, zusammen 82 deutsche Städte mit 191 Vertretern derselben.

Seidelberg, 15. Mai. Die dritte Sitzung des deutschen Handeltages beginnt mit der Berlesung des Protokolls über die erste und zweite Sitzung. Es wird hierauf eine Abänderung in dem Festprogramm mitgetheilt, des Inhalts, daß auf den Wunsch vieler Mitglieder auch am 16. d. M. (Donnerstag) eine Sitzung stattfinden wird, und daß die beabsichtigte Fahrt nach der Zuderfabrik in Waghäusel unterbleibt, dagegen des Nachmittags ein Ausflug nach Schwzingen gemacht werden wird. Die Tagesordnung führt sodann zur Fortsetzung der Dis-

kussion über den Antrag auf Herstellung einer allgemeinen deutschen Münzeinheit. Der Hamburger Abgeordnete gab eine sehr interessante Darstellung der Hamburger Bankvaluta. Osnabrück verlangt auch Einführung einer Goldwährung. Frankfurt wünscht die Zulassung der preussischen Drittels- und Sechstelthaler als gesetzliches Zahlungsmittel auch in Süddeutschland. Die Holsteiner klagen ihre Noth mit den dänischen Scheidemünzen. Auch das französische Münzsystem wird empfohlen, dem aber der Berichterstatter mit der schlagenden Bemerkung entgegentritt, daß die 100 französischen Franken gegenwärtig keineswegs mehr ein volles Pfund Münzsilber repräsentiren. Der Sechzig-Gulden-Fuß, an sich wohl schätzenswerth, verspricht wenig Hoffnung auf Erfolg. Nachdem der Berichterstatter die Unzulässigkeit der verschiedenen Amendements beleuchtet, werden die meisten derselben, im Interesse des zu erstrebenden Zieles, zurückgezogen. Einige werden durch Abstimmung abgelehnt, wobei es u. A. dem Abgeordneten von Fürth zur allgemeinen Heiterkeit passirte, daß er selbst gegen sein eigenes Amendement stimmte. Nur der Antrag von Frankfurt über die Zulassung der Drittels- und Sechstelthaler als S. 9, und ein anderer Antrag auf Beseitigung der unbenutzten Vereinsdoppelthaler (3 fl. 30 kr.) und auf Prägung von Zweimarckstücken, welche gleich zwei österreichischen Gulden und gleich einem fünf Frankenthaler sind, werden von der Versammlung angenommen. Hiernach lautet der Beschluß des Handeltages hinsichtlich der zu erstrebenden deutschen Münzeinheit, wie folgt:

Der deutsche Handeltag erklärt:

- 1) Die endliche Beseitigung der einer vollständigen Münzeinheit in Deutschland noch entgegenstehenden ausnahmsweisen Zustände und Hindernisse ist nicht länger aufzuschieben. Die Möglichkeit einer in Zukunft etwa nothwendig werdenden Annahme der Goldwährung — welche Eventualität eine offene Frage für die Zukunft bleiben muß — ist als ein zureichender Grund für eine längere Verzögerung der deutschen Münzeinheit nicht zu betrachten.
- 2) Der Wiener Münzvertrag vom 24. Jan. 1857 muß im Allgemeinen die Grundlage und Norm des gemeinschaftlichen deutschen Münzsystems bleiben und die in Gemäßheit desselben ausgeprägten Vereinshälften, 30 Stück ein Pfund seines Silber enthaltend, sollen auch ferner die Hauptmünzsorte in ganz Deutschland bilden. So weit nicht durch nachstehende Artikel eine Abänderung oder Aufhebung von Bestimmungen des erwähnten Wiener Münzvertrages nothwendig bedingt wird, ist dieser in allen Punkten aufrecht zu erhalten.
- 3) Als allgemeine Rechnungseinheit ist der Drittenthaler, unter der Benennung „Markt“, anzunehmen, mit direkter Theilung in 100 Pfennige. Die besondere Bezeichnung des Wertes von 10 Pfennigen als Groschen, und bis auf weiteres auch des Wertes von je 3, 9 und 17 Pfennigen durch beziehungsweise 1, 3 und 6 Kreuzer ist zulässig.
- 4) Die Beibehaltung des österreichischen Münzsystems — des 45-Gulden-Fußes mit konsequenter Dezimaltheilung — ist neben der einzuführenden allgemeinen Rechnung nach Markt und Pfennigen zulässig. Die in Gemäßheit des Wiener Münzvertrages geprägten österreichischen Ein- und Zwei-Guldenstücke sind als Zwei- und Vier-Markt durchweg als gesetzliches Zahlungsmittel zuzulassen.
- 5) Nach Einführung der einheitlichen neuen Rechnungseinheit und nach damit verbundener Aufhebung der sog. süddeutschen Währung werden die Courantgeld-Ausprägungen in Deutschland nur folgende sein dürfen:
Thaler oder Dreimark (30 Stück ein Pfund seines Silber enthaltend),
Markt (90 Stück = 1 Rth. f. S.)
Zweimark (45 Stück = 1 Rth. f. S.)
Viermark (22½ Stück = 1 Rth. f. S.)
Halbe Markt oder 50 Pfennigstücke (180 Stück = 1 Rth. f. S.)
6) Als Scheidemünze sind künftig nur folgende Münzsorten zu prägen: 20-Pfennige (2 Groschen), 10-Pfennige (Groschen), 5 Pfennige (halbe Groschen), 2-Pfennige, Pfennige.
- 7) Die Einziehung des nach der bisherigen süddeutschen Währung ausgeprägten oder als gesetzliches Zahlungsmittel bisher zugelassenen Courantgeldes hat innerhalb der nächsten fünf Jahre nach Annahme des gemeinsamen neuen Münzsystems successiv zu geschehen. Bis solches stattgefunden hat, bleiben die vorerwähnten Münzsorten innerhalb ihres bisherigen Bereiches gesetzliches Zahlungsmittel zu dem nach ihrem Münzfuß, beziehungsweise bisherigen legalen Course, ihnen beizulegenden Werthe, wobei Bruchtheile bis ½ und darüber Pfennig für 1 Pfennig, unter ½ Pfennig nicht gerechnet werden.
- 8) Der deutsche Handelsstand hat dahin zu wirken, daß die deutschen Regierungen, um die in vorstehenden Säzen angeordneten Bestimmungen zur Vervollständigung der deutschen Münzeinheit im Einzelnen schrittweise und zur Ausführung zu bringen, wegen einer ergänzenden Uebersicht und zur Ausführung der Münzvertrags-Konferenzverhandlungen eröffnen, welche mit thunlichster Beschleunigung zum Abschluß zu bringen sind.
- 9) Es ist dahin zu wirken, daß bis zur Einführung des in §. 1-7 beantragten neuen Münzsystems schon jetzt in dem Gebiete des süddeutschen Münzfußes die großen Silberforten österreichischer Währung, einschließlich der Viertelguldenstücke, und die Drittels- und Sechstelstücke der Thalerwährung als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt werden.

Seidelberg, 15. Mai. (Nachmittags-Sitzung des deutschen Handeltages.) Tagesordnung: Berathung über den dritten Hauptantrag, der von der Handelskammer in Köln eingegangen war, betreffend die weitere Ausdehnung und Entwicklung des Zollvereins. Der Berichterstatter darüber ist der Abg. von Köln: Classen-Rappe lmann. Er verbreitet sich über den Zweck desselben und zeigt, wie die nothwendige Einstimmigkeit aller Vereinsregierungen den Zollverein bisher zum Stillstand verdammt habe, und wie darin das Haupthinderniß jeder freieren Fortentwicklung des zu Grunde liegenden hohen Gedankens liege. Ueberhaupt entwirft er ein sehr unerquickliches Bild des gegenwärtigen Zustandes des deutschen Zollvereins und zeigt, wie derselbe durch eine veränderte Organisation seinem hohen Ziele entgegengeführt werden könne. Daß er dazu unter Andern eine deutsche Flotte, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit verlangt, ist selbstredend. Die Diskussion, die sich hierüber entspinnt, ist eine sehr lebhaft, zumal da auch die Abgeordneten von Ländern und Städten, die zur Zeit noch nicht in den Zollverein eingetreten sind, an derselben Theil nehmen. Nach-

dem mehrere Amendements abgelehnt, eines dagegen von Mehr end, betreffend eine kürzere Fassung des §. 2, angenommen war, wird der ganze Antrag einstimmig angenommen. Er lautet nun folgendermaßen:

Der deutsche Handeltag erklärt:

- 1) Der fernere Bestand und die weitere Ausdehnung des deutschen Zollvereins ist für deutsche Interessen von der größten Bedeutung.
- 2) Der Beitritt derjenigen deutschen Staaten, welche dem Zollverein noch nicht angehören, ist zu erstreben.
- 3) Zwischen dem deutschen Zollverein und Oesterreich ist Verlehrs-freiheit, soweit sie nach den in beiden Zollgebieten bestehenden Verbrauchssteuern und Finanzsätzen zu verwirklichen ist, einzuführen. Auch ist thunlichst dahin zu wirken, daß in geeigneter Zeit eine vollständige Handelsvereinbarung zwischen dem Zollverein und dem österreichischen Staate eintrete.
- 4) Es ist auf Beseitigung der Hindernisse, welche dem völlig freien Verkehr im Zollverein noch entgegenstehen — wozu insbesondere die Uebergangssteuern und die Ungleichmäßigkeit der Verbrauchssteuern gehören — hinzuwirken. Auch sind die Handelsinteressen des Zollvereins nach außen durch Bestellung gemeinsamer Konsularagenten und Annahme einer gemeinsamen Flagge zu wahren.
- 5) Um den fernern Bestand des Zollvereins zu sichern und denselben den ausgesprochenen Zielen entgegenzuführen, ist eine veränderte Organisation desselben nothwendig.
- 6) Zu dem Ende wird bei Erneuerung der Zollvereins-Verträge darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Gesetzgebung des Zollvereins der Vertretung der vereinigten Regierungen einerseits — und der der Bevölkering der Vereinsstaaten andererseits — gemeinschaftlich übertragen werde, dergestalt, daß die übereinstimmenden, durch Majorität gefaßten Beschlüsse dieser beiden Körperschaften als endgiltige Gesetze im ganzen Zollgebiete einzuführen sind.
- 7) Bei der Zusammensetzung dieser beiden Vertretungen wird auf die Vollzahl der Vereinsstaaten geeignete Rücksicht zu nehmen sein.

Seidelberg, 15. Mai. Bei der heutigen Wahl eines weltlichen Abgeordneten zur Generalsynode für den 5. Wahlbezirk (Mannheim-Heidelberg-Ladenburg-Weinheim) wurde Hr. Hofgerichts-Rath Guyet von Mannheim mit 23 gegen 2 Stimmen als solcher gewählt. Zum Erasmann wurde einstimmig (mit 24 Stimmen gegen 1) Hr. Altbürgermeister Walz von hier gewählt.

Seidelberg, 15. Mai. (Mannh. J.) Vor kurzem fand auch eine Inskription für die wiederholt neu angekommenen Studierenden statt. Nach dem Gesamtresultate sämtlicher Inmatriculationen sind nunmehr 230 neue Ankommlinge eingeschrieben, darunter 21 Theologen, 122 Juristen, 13 Mediziner, 16 Chemiker und Pharmazeuten, 6 Kameralisten, 29 Philologen und Philosophen. Der vor Diern gefehene Abgang Anderer ist hierdurch übertroffen, so daß die Gesamtanzahl mithin zugenommen.

Stuttgart, 15. Mai. Die neue Gesetzesvorlage, betreffend die Regelung der katholischen Kirchenverhältnisse, soll sich ihrem Inhalte nach wenig von dem des Konkordats unterscheiden, natürlich aber die Vertragsform aufgeben. Die römische Kurie hat dem Vernehmen nach auf die Modifikation über die Abstimmung der Abgeordnetenversammlung sich in ähnlicher Weise geäußert, wie früher an Baden. Was gehen sie auch derlei konstitutionelle Vorgänge an! — Die hiesige Jugendweber, die sich jetzt konstituiert hat, zählt etwa 70 Polytechniker und ungefähr 100 junger Handelsbesitzene zu Mitgliedern. — Der Finanzminister v. Knapp liegt bedenklich erkrankt darnieder.

Darmstadt, 14. Mai. (Fest. Bl.) Der Präsident der Zweiten Kammer hat die Abgeordneten eingeladen, sich am 3. des nächsten Monats Juni wieder hier einzufinden, damit am folgenden Tage Sitzung gehalten werden könne. Die Einberufung hebt hervor, es gelte zunächst, einige dringende Vorlagen des Kriegsministeriums entgegenzunehmen. Unter den legislativen Vorlagen, die noch zu verabschieden sind, steht in erster Linie der Entwurf der Kriminalordnung für die diesseitigen Landestheile. Auch wird ein Gesetzentwurf zur Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs erwartet.

Bingen, 14. Mai. (Fr. V. Zig.) Gestern fanden hier mehrere Duelle statt zwischen Biegener und Bonner Studenten, die einige nicht unbedeutende Verwundungen im Gefolge gehabt haben sollen. Beide Universitäten waren ziemlich stark vertreten.

Worms, 14. Mai. (Fr. J.) Heute ist die gegen die Mainz-Darmstadter Konvention gerichtete Adresse an den Großherzog, bedekt mit 1100 Unterschriften der angesehensten Bürger hiesiger Stadt und Umgegend, nach Darmstadt abgegangen.

Wiesbaden, 14. Mai. Der aus dem preussischen Militärdienst in den nassauischen berufene Oberstleutnant Graf v. Sneydenau hat heute das Kommando des zweiten Infanterieregiments übernommen.

Hannover, 14. Mai. In Osnabrück macht man im Handelsverein gegen die Wählerereien unserer Jüngster Front, erklärt die Einführung unbedingter Gewerbfreiheit für nothwendig, und will einen desfallsigen schriftstellerischen Nachweis mit 100 Thln. prämiiren.

Berlin, 15. Mai. Im nächsten Monat Dezember findet bekanntlich in den Staaten des Zollvereins die alle drei Jahre wiederkehrende Volkszählung statt. Wie die ministerielle „Preuss. Zig.“ meldet, ist von den Vereinsregierungen beschloffen worden, mit der diesjährigen Volkszählung die Erhebung von Daten zur Aufstellung einer gleichmäßigen Gewerbestatistik des Zollvereins zu verbinden. Für die Ordnung des Materials hat man sich über drei Formulare verständigt, welche folgende Titel führen: 1) Tabelle der Handwerker und der vorbereitend für den örtlichen Bedarf beschäftigten Gewerbetreibenden und Künstler.

2) Tabelle der Fabriken und der vorherrschend für den Großhandel beschäftigten Gewerbanstalten, sowie sämtlicher Dampfmaschinen und der für gewerbliche Zwecke arbeitenden mechanischen Kräfte. 3) Tabelle der Handels- und Transportgewerbe, der Gast- und Schankwirtschaften, sowie der Anstalten und Unternehmungen zum literarischen Verkehr. Von dem Direktor des hiesigen statistischen Bureau's, Dr. Engel, ist kürzlich eine Denkschrift „über die Methoden der Volkszählung mit besonderer Berücksichtigung der im preussischen Staate angewandten“ herausgegeben worden. Dieselbe enthält zugleich eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der statistischen Erhebungen im Zollverein nebst Formulare, durch welche das System des Verfassers sowohl für die Sammlung des Materials, als für die Darstellung des gewonnenen Stoffes auf das genaueste veranschaulicht wird. — Hier umlaufende Gerüchte sprechen fortwährend von dem angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt des Ministers Grafen Schwerin. Zugleich wird bald der Finanzminister v. Paffow, bald der Geh. Rath Mathis als dessen mutmaßlicher Nachfolger bezeichnet. Alle diese Aufstellungen unterbreiten der Begründung. Wie uns wiederholt mit größter Bestimmtheit versichert wird, steht das Ausscheiden des Grafen Schwerin aus seiner jetzigen Stellung nicht zu erwarten. Was den Polizeipräsidenten v. Zedlig betrifft, so deuten mehrere Anzeichen darauf, daß er wenigstens noch bis zum vollen Austrag der hier schwebenden Polizeianglegenheit auf seinem Posten verbleiben wird. — Wie verlautet, ist der seitiger Vertreter Preussens am Hofe des Königs von Neapel, Graf v. Perponcher, auf ein Jahr beurlaubt worden.

C. S. Berlin, 15. Mai. In heutiger Sitzung des Herrenhauses wurden Petitionen erledigt und sodann der Entwurf, Abänderungen des Gewerbesteuergesetzes betreffend, mit geringen Modifikationen, derjenige, die Erweiterung des Rechtsweges, unverändert und ohne erhebliche Diskussion angenommen. — Im Abgeordnetenhaus beschäftigten die Budgets des Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten und des Justizministeriums das Haus. Gestern hatten die Polen eine polnische Universität, ein polnisches Theater, noch ein polnisches Gymnasium verlangt, heute forderten sie immer wieder auf das politische Gebiet übergreifend — einen polnischen landwirtschaftlichen Verein. So mühten sie denn wieder herbe Worte aus dem Munde des Grafen Schwerin vernehmen. Die Angelegenheit des Berliner Stadtgerichtsbauwes gab einen neuen Beleg für das Thun und Treiben in vergangenen Zeiten. Beide Häuser halten morgen Sitzungen.

Dem Vernehmen nach haben die vereinigten Kommissionen des Abgeordnetenhauses für das Justizwesen und für Handel und Gewerbe ihre Beratungen über das deutsche Handelsrechtsgesetz bereits beendet und ist nach einer, namentlich in Beziehung auf das Frachtfuhrwesen der Eisenbahnen sehr eingehenden Diskussion einstimmig beschlossen, dem Abgeordnetenhaus unveränderte Annahme des Handelsrechtsgesetzes zu empfehlen. Da bekanntlich auch das Herrenhaus in die Beratung des Einführungsgeleges bereits eingetreten ist, so ist Hoffnung vorhanden, daß es den vereinigten Bemühungen gelingen werde, das große und schöne Werk noch in dieser Sitzungsperiode zu Stande zu bringen. — Die Debatten über das Militärbudget beginnen wahrnehmlich in der zweiten Sitzung nach Pfingsten, d. h. Donnerstag.

Nach einer auf Grund der Commercialnachweisungen aufgestellten Uebersicht betragen 1859 in Zollverein die Eingangszugaben 23,543,683 Thaler. Daran participieren die Vereinststaaten zu folgenden Prozentanteilen: Preußen 51,03, Luxemburg 0,54, Bayern 13,02, Sachsen 5,98, Hannover 10,32, Württemberg 4,77, Baden 3,76, Kurhessen 1,97, Großherzogthum Hessen 2,43, Thüringen 2,94, Braunschweig 0,70, Oldenburg 1,31, Nassau 1,23. Mit Frankfurt bestehen besondere Vereinbarungen.

Wien, 13. Mai. „Narodni listy“ bringen unter der Aufschrift „Freiheit der Kirche“ eine energische Petition für die Wiederherstellung der altchristlichen Synodalverfassung und gegen die bischöflichen Konsistorien, die kirchenbureaucratische Anstalten seien und die Kirche ganz so an den Rand des Abgrundes geführt haben, wie die weltliche Bureaucratie den Staat. Seit 400 Jahren ist innerhalb der katholischen Kirche in Böhmen nichts Schärferes geschrieben worden.

Wien, 13. Mai. Die Wiener Blätter bringen die vollständige Rede Deak's. Sie entspricht durchaus dem zum voraus bekannt gemachten Auszuge. Im Wesentlichen hätte selbst Teleky vorerst unmöglich weiter gehen können. Denn wenn Deak zwischen den Vätern dießseits und jenseits der Leitha „eine gemeinsame Vertretung irgend einer Art, sondern bloß den Verkehr der einen freien Nation zur andern zuläßt“; wenn er nicht einmal „Unterhandlungen“ über die Krönung gestattet, ehe nicht die Incorporation Kroatiens, Slavoniens, der Militärgrenze und Siebenbürgens erfolgt ist; wenn er die gewaltsame Steuerentziehung für illegal, die Abdankungsurkunde Ferdinands V. für mangelhaft erklärt; wenn er die Krönung eines eigenen verantwortlichen Ministeriums, sowie die Reintegration der 48er Gesetze begehrt; wenn er die Freilassung der eingekerkerten, die Zurückberufung der verbannten Ungarn verlangt, und endlich die Krönung von der vorhergehenden erledigten Gewährung aller dieser Forderungen, resp. Abhilfe aller dieser Beschwerden abhängig macht: so ist nicht leicht abzusehen, was die „Radikalen“ noch mehr fordern könnten, als die „Gemäßigten“ in Bereitschaft beanspruchen. Eine einstimmige oder doch fast einstimmige Annahme der Deak'schen Adresse ist daher wahrscheinlich. Dann aber scheint eine Verständigung zwischen den Erbländern und Ungarn ferner als je zu sein.

Wien, 13. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete der Finanzminister in längerer, oft vom Beifall unterbrochener Rede die an ihn gerichteten Interpellationen. Dr. Brauner und 19 Genossen,

dann der Abg. Machacek interpellirten den Finanzminister betreffs des beabsichtigten Verkaufs der böhmischen Kronzölle in der Pardubitz und Zbitow. Der Finanzminister sicherte die Beantwortung dieser Interpellation für eine der nächsten Sitzungen zu, und bemerzte zur Verhütung der Interpellationen, der Verkauf dieser Güter sei in nächster Zeit nicht zu erwarten. — Der Präsident kündigt hierauf an, daß der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf über die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Mitglieder des Reichsrathes und der Landtage zur Vertheilung gelangt ist; derselbe wird an die Abtheilungen verwiesen und lautet:

§. 1. Die Mitglieder des Reichsrathes und der Landtage können wegen ihrer Abstimmungen in denselben niemals und wegen ihrer darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Versammlung auf Grund der Geschäftsordnung zur Verantwortung gezogen werden. — §. 2. Kein Mitglied des Reichsrathes oder der Landtage darf während der Dauer der Session und seiner Thätigkeit davor, den Fall der Ergreifung auf richtiger That oder der gerichtlichen Nachtheile ausgenommen, ohne Zustimmung des Hauses wegen einer strafbaren Handlung verhaftet werden. Selbst in den Fällen dieser Art hat das Gericht dem Präsidenten des betreffenden Hauses sogleich die geführte Verhaftung bekannt zu geben.

Gleichzeitig wird der Entwurf eines Gesetzes in Betreff der Auflösung des Lebensverbandes vorgelegt und gleichfalls an die Abtheilungen verwiesen. — Zur Tagesordnung übergehend, berichtet Abg. Hopfen für den Ausschuß über den Wahlfeld'schen und den Herbst'schen Antrag, betreffend die Geschäftsordnung, und beantragt die Annahme des ersteren. Nach einer längeren Debatte und nachdem Minister Paffow erklärt, daß er in der Annahme des Wahlfeld'schen Antrags kein Mißtrauensvotum erkenne (Dr. Herbst zog seinen Antrag unter dem Beifall des Hauses zurück), wurde der erste Theil desselben, dahin lautend: „Es werde zur Berathung über Zweckmäßigkeit und Rechtsbeständigkeit der Geschäftsordnung ein Ausschuß bestellt, welcher im Falle, daß sich ihm in der einen oder andern Richtung Anträge ergeben sollten, einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen hat“, angenommen. — Bischof Witnowitsch stellte den Dringlichkeitsantrag, daß jedem Abgeordneten ein Taggeld von 10 Gulden und 1 Gulden Reisgeld per Meile aus Reichsmitteln gegeben werde. Dieser Antrag wurde einstimmig unterstügt.

Der „Presse“ wird aus P. sich geschrieben: „Auf der Villa des Grafen Theodor Claf, in der Nähe von Pest, fand vorgestern eine Zusammenkunft zwischen F. Deak und dem nun führerlos gewordenen Anhang Teleky's (Nyary, E. Karolyi, A. Kisza, Gorode u. A. m.) statt. Es soll Deak in dieser Konferenz gelungen sein, die entschiedensten Gegner seiner Adresse zu sich herüberzuziehen und eine vollständige Fusion herbeizuführen. Man einigte sich dahin, sich von allen von vorn herein als unausführbar erkannten Projekten loszusagen.“

Bei der gestern zu Stande gekommenen Konferenz von Deputirten des kroatischen und des dalmatinischen Landtags überließen die kroatischen Deputirten den dalmatinischen die Initiative bei Formulirung der eventuellen Bedingungen der Union Dalmatiens mit Croatien. Doch schon beim Beginn der Debatte sah man, daß die dalmatinischen Mehrheitsdeputirten auf die Frage selbst nicht eingehen wollten. Einer derselben gab die Erklärung ab, daß er, wie seine Meinungsgegner überhaupt ganz wohl erkennen, Dalmatien habe als slavisches Land eine Zukunft nur in der Vereinigung mit seinen slavischen Stammesgenossen; aber er könne für diese Vereinigung nicht stimmen — bis Croatien sich mit Ungarn vereinigt habe. Als der Präsident des Komitees ihm die weitere Frage stellte, ob er, wenn dieser Fall eintrete, für die Union stimmen würde, antwortete er unter allgemeiner Bestimmung seiner Meinungsgegner verneinend, worauf der Präsident erklärte, daß unter solchen Umständen jede weitere Debatte zwecklos wäre, und die Sitzung aufhob. Die Konferenz ist somit völlig resultatlos geblieben.

Wien, 14. Mai. Deak's Entwurf der Adresse an den Kaiser spricht aus, der Landtag könne Beratungen nur aufnehmen, wenn die Gesetze von 1848 vollständig wieder hergestellt, alle Landesheile vertreten, die ungesetzlichen Organe des bisherigen Regimes entfernt, die verpfändeten Krongüter zurückgegeben und die Emigranten ausnahmslos begnadigt seien.

Oesterreichische Monarchie.

* Pesth, 12. Mai. Ein Korrespondent des „Frankf. Journ.“ glaubt in der Lage zu sein, wichtige Aufschlüsse über die Motive des Selbstmords Teleky's geben zu können. Allerdings habe der Letztere ein physisches Leiden gehabt, doch sei der Grund seines tragischen Endes mehr in psychischen Vorgängen zu suchen. Er sei zuletzt in einer gewaltigen Aufregung gewesen.

Mit Bestimmtheit — fährt das genannte Blatt fort — läßt sich die gewaltige Aufregung des Grafen von jenem Moment an datiren, wo er durch ein Schreiben Rossuth's benachrichtigt wurde, daß die politischen Konstellationen sich so gestellt hätten, daß vorläufig auf eine Unterstüttung Frankreichs und Italiens nicht gerechnet werden könne. Rossuth benachrichtigte ihn ferner, daß L. Napoleon in Folge der Bewilligungen im Orient, der nur höchst langsam vor sich gehenden Konsolidirung Italiens, der Vorgänge in Polen, der politischen Beziehungen zu England, der Ereignisse in Amerika jede Erhebung Ungarns desavouiren würde; er (der Kaiser) bedauere sehr, die Veröhnung zwischen Savour und Garibaldi nicht mehr beschleunigt zu haben, und daß dadurch die Organisation und Kräftigung einer großen italienischen Armee hinausgeschoben worden wäre, was jede Unterstüttung Ungarns ebenfalls verhindern und vor einem halben, ja vielleicht einem ganzen Jahr unmöglich mache; er (Teleky) möge daher seine Partei so viel als möglich calmiren und jede revolutionäre Bewegung hinauszuhalten suchen. Dieser Brief machte auf Teleky einen tiefen und erschütternden Eindruck; er fing an sich und seiner Aufgabe zu verzweifeln an, suchte sich Deak zu nähern und die Korruption seiner Partei auszuholen und umzustimmen, insofern er es, ohne sich zu compromittiren, thun konnte. Diese noch so vorsichtig angelegte Wendung wurde aber doch bemerkt; man fing an, ihn zu verdächtigen und auszusprenken, er habe sich, um sein Leben zu retten, dem Kaiser von Oesterreich verkauft; vergebens tröstete ihn Deak,

vor dem er sein ganzes Herz ausgeschüttet hatte, mit Hinweisung auf die Unbilden, die er (Deak) schon erlitten; vergebens versprach er, in seiner Rede bis an die äußerste Grenze seiner Ueberzeugung und seiner legalen Basis zu gehen, und ihm (Teleky) die Annäherung zu erleichtern; vergebens bewies er ihm in der Gefügigkeit ihres gemeinschaftlichen Vorgehens den einzig wahren Halt und die loyalste Sicherstellung gegen alle Feinde nach innen und außen: Teleky's Selbständigkeit war gebrochen; sein Stolz konnte das Wüthlingen oder vielleicht nur den Ausschub seiner Pläne, die Verdächtigungen seiner Partei nicht ertrogen, und vor Allem scheint er die öffentliche Kundgebung seiner politischen, durch die Verhältnisse bedingten Wandlung vor dem Aeccept der Vertreter seines Volkes gesehen zu haben.

Italien.

* Turin, 15. Mai. Die „Opinione“ zeigt an, daß Hr. Salamanc'a heute Morgen abgereist ist, nachdem er vorher eine Konvention bezüglich der römischen Eisenbahnen abgeschlossen hatte.

Frankreich.

* Paris, 15. Mai. Der Senat beschäftigte sich gestern mit den Petitionen zu Gunsten der syrischen Christen. Der erste Redner ist Carochesaquein. Er zieht heftig gegen die Pforte los, die sich in Syrien schwer vergangen habe, bringt einen eigenen Plan zur Organisation des Landes vor, und räumt das Einschreiten der französischen Regierung. Schließlich bekämpft er den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung. Dr. v. Sauley vertheidigt ebenfalls das Verfahren der Regierung, erklärt sich jedoch mit dem Kommissionsantrag einverstanden. Nachdem noch Kardinal Donnet, Dupin, Marquis Castella Jac, Dr. v. Segur d'Aguesseau, Villault u. A. in ähnlichem Sinn gesprochen haben, wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen. — Ahermals erklären die Regierungsorgane, der „Indep. Belge“ gegenüber, daß der status quo in Rom „provisorisch“ würde aufrecht erhalten werden. — Verleger und Drucker der Aumaleschen Broschüre habe innerhalb der gesetzlichen Frist keinen Appell gegen das über sie verhängte Urtheil eingelegt. Sie unterziehen sich also demselben. — Vom 1. Juli an geht nur noch eine Mallespost monatlich von England nach Penang, Singapore und China. Dieselbe geht je am 4. von Southampton und am 10. von Marseille ab. — Nach dem „Moniteur“ hat die französische Regierung das Museum Campana angekauft. Das „Pays“ glaubt zu wissen, daß Graf Riewerterke sich demnächst zur Uebernahme dieser kostbaren Sammlung nach Rom begeben wird. — Nach Privatbriefen aus Turin wäre General Fant'i entschlossen, aus dem Kriegsministerium zurückzutreten. Ueber die Persönlichkeit seines Nachfolgers soll noch Nichts feststehen. — 3proz. 69.55. Df 580.

* Paris, 15. Mai. Die „Indep. belge“, welche seit Wochen fast täglich Versicherungen über angeblich gemachte Vorschläge zur Erledigung der römischen Frage bringt, ist endlich der Wahrheit ziemlich nahe gekommen. Glaubwürdigen Vernehmen nach sind nämlich in der That von hier aus in Turin Bedingungen gestellt worden, unter welchen man das italienische Königreich in den Tullerien anerkennen will. Piemont hätte hiernach die Souveränität des Papstes über Rom und die in diesem Augenblick noch unter päpstlicher Regierung stehenden Gebietsheile mittelst Vertrags anzuerkennen und sich zu verpflichten, die Besigungen Sr. Heiligkeit nicht nur nicht anzugreifen, sondern jeden Angriff auf dieselben, von wo er immer ausgehen oder beabsichtigt sein möge, zu verhindern. Frankreich würde die Bürgschaft für diesen Vertrag übernehmen und 6000 Mann seiner Truppen in Rom belassen, bis die päpstl. Armee reorganisiert sein wird. Es wären dies die günstigsten Bedingungen, welche dem Papst bisher gestellt wurden. — Sie erinnern sich des Propheten, den die russische Regierung jüngst in Kasan festnehmen ließ. Nach hier eingelaufenen Privatbriefen ist nun in Rußland ein zweiter Prophet erstanden, der die Bauern aufwiegelt, indem er sich für den (+) Großfürsten Konstantin, Bruder des Kaisers Nikolaus, und für den wahren und rechtmäßigen Beherrscher aller Rußen ausgibt. Er soll großen Anhang finden. Die Abberufung des Fürsten Gortschakoff aus Warschau wird als definitiv bezeichnet. — Wie die „Patrie“ meldet, hat General Montauban in Shanghai dem preussischen Gesandten Graf Eulenberg ein Diner gegeben, wobei der Graf einen Toast auf den Kaiser der Franzosen ausbrachte.

Bermischte Nachrichten.

△ Aus dem Amtsbezirk Waldkirch, 14. Mai. Eine Vergleichung des Zustandes unserer Vizinalstraßen vor noch ungefähr 3 Jahren und jetzt ergibt das erfreuliche Resultat einer wesentlichen Verbesserung derselben. Diese Straßenverbesserung ist hauptsächlich die Folge der vor einigen Jahren stattgehabten Aufstellung von Vizinalstraßenmeistern in unserm Lande, welche die Unterhaltungsgarbeiten auf den Vizinalstraßen zu beaufsichtigen haben; dadurch finden die Mittel, welche von den Gemeinden für Straßenverbesserung angewendet werden, eine weit zweckmäßigere Verwendung als früher. Durch die Aufstellung gedachter Vizinalstraßenmeister, deren Gehalte und Diäten ganz aus Staatsmitteln bestritten werden, erhielten wir einen neuen, dankenswerthen Beweis von der Heten Fürsorge der groß. Regierung zur Beförderung des allgemeinen Wohles.

— Hannover, 14. Mai. (Fr. P. Z.) Am letzten Sonntag sang zuerst nach seinen Pariser Schicksalen Hr. Niemann wieder in unserer Hofoper; er trat als Raoul auf und wurde von dem gefüllten Hause, in dem auch die königliche Familie anwesend war, stürmisch begrüßt.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 17. Mai. 2. Quartal. 67. Abonnementsvorstellung. Die Jäger; Ländliches Sittengemälde von Hoffmann.

T.321. Karlsruhe. Am 14. d. Monats entschlies nach kurzem Krankenlager meine innigst geliebte Schwester Luise Jundi, Hausmutter in der Kleinkinderschule. Von diesem schmerzlichen Verluste gebe ich hiermit auswärtigen Freunden und Bekannten Nachricht. Karlsruhe, den 16. Mai 1861. K. Jundi, Pfarrer.

T.326. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Am Pfingstmontag den 20. d. M. werden folgende Extrafahrten abgehalten werden: **Von Karlsruhe** Vormittags 9 Uhr 30 Min. nach **Freiburg, Baden und Kehl** im Anschluss an den ersten Zug von Mannheim. **Von Freiburg** Abends 6 Uhr 20 Minuten, sowie **von Kehl und Baden nach Karlsruhe.** **Von Karlsruhe** Abends 9 Uhr 35 Min. nach **Mannheim** im Anschluss an Zug XII. von Waldshut. Das Nähere ist aus den Anschlagzetteln zu ersehen. Karlsruhe, den 16. Mai 1861. Direction der groß. Verkehrsanstalten. Zimmer. Kraft.

T.288. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Die Abhaltung von Extrafahrten betreffend. Aus Anlass der nächsten Freitag den 17. d. M. stattfindenden Beleuchtung des Heidelberger Schlosses wird an diesem Tage eine Extrafahrt von **Karlsruhe nach Heidelberg und zurück**, sowie eine solche von **Mannheim nach Heidelberg und zurück** stattfinden und werden zugleich Billete für die Hin- und Rückfahrt zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden, welche für die Einreise zu allen Tagen — die Schnellzüge ausgenommen — für die Rückreise aber nur zu den Extrazügen gültig sind. Die Abgangs- und Anfahrtszeiten dieser Extrazüge, sowie die ermäßigten Preise für die Retourbillete sind aus den Anschlagzetteln zu ersehen. Karlsruhe, den 15. Mai 1861. Direction der groß. Verkehrsanstalten. Zimmer. Kraft.

T.316. Nr. 4651. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Das groß. bad. Eisenbahn-Lotterielosen zu 14 Millionen Gulden gegen 35 fl. Koop vom Jahr 1843 betreffend. Die Ziehung derjenigen 20 Serien, welche die in der 62. Gewinnziehung des obigen Anlehens mitspielenden 1000 Losnummern bezeichnen, wird **Freitag den 31. Mai 1861, Nachmittags 3 Uhr,** im Ständehaus öffentlich vorgenommen werden. Karlsruhe, den 15. Mai 1861. Groß. bad. Eisenbahn-Schuldenentlastungs-Kasse.

T.320. In unserem Verlage ist so eben erschienen: **Die Methoden der Volkszählung,** mit besonderer Berücksichtigung der im preussischen Staate angewandten. Eine Denkschrift, bearbeitet im Hinblick auf die am 3. Dezember d. J. stattfindende Volkszählung von **Dr. Ernst Engel**, Direktor des königl. statistischen Bureaus.

Separat-Abdruck aus der Zeitschrift des königl. preussischen statistischen Bureaus. 8 Bogen. Kl. Fol. Preis 10 Sgr. Berlin, im April 1861. Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker). Bestellungen nimmt entgegen:

Karlsruhe. A. Bielefeld's Hofbuchhandlung. S. 754. Mannheim. **Briefe an Colonisten in Brasilien** werden 2 mal monatlich vermittels des General-Consulats in **Hamburg** ganz **franko** und **pünktlich** besorgt durch **Nabus & Stoll** in Mannheim.

T.334. Karlsruhe. **Wundarzt-Gehehilfen.** welche gut rasiren und gute Zeugnisse besitzen, finden Komposition bei **A. Wieber in Mast.**

T.64. **Stellegesuch.** Ein junger Mann, der einige Jahre bei einem Mediziner als Gehilfe arbeitete und sich dabei in Forst-, Jagd- und schriftlichen Arbeiten Kenntnisse erworben hat, sucht an einer ähnlichen Stelle oder bei einer Herrschaft als Jäger ein Unterkommen zu finden. Näheres bei der Expedition der Karlsruhe. Stg.

T.185. Baden-Baden. **Koch-Gesuch.** Ein Koch, welcher foglich eintreten kann, wird gesucht. Näheres im Gasthof zum Stern in Baden-Baden.

T.217. Magdeburg. **Als Verkäufer** wird ein Mann von gef. Jahren für eine bad. Kohlengrube gesucht durch den Agent **Aug. Zimmermann** in Magdeburg.

T.218. Magdeburg. **Ein unverb. Mann,** kautionsfähig, erhält ein gutes und dauerndes Engagement durch den Agent **Aug. Zimmermann** in Magdeburg.

T.270. Karlsruhe. **Düsseldorfer Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß- und Land-Transport.** Grund-Kapital: Eine Million Thaler preuß. Courant. Die in weiten Kreisen der Geschäftswelt anerkannte Solidität der Gesellschaft, erhöht durch ihre Vereinigung mit der **Niederländischen Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft zu Ziel**, die lokalen Bedingungen und die im Falle von Schäden nach dem Grundsatz der Billigkeit seit her vorgekommenen raschen Erledigungen gewinnen derselben ein ungeheiltes Vertrauen. Genannte Gesellschaft hat uns Vollmacht zum Abschluss von Versicherungen ertheilt, und wir halten zu deren Aufnahme unsere Vermittlung bestens empfohlen. Ueber Prämien etc. geben wir bereitwillig Auskunft. Unser Comptoir Langestraße Nr. 62 eine Stiege hoch. Karlsruhe, im Mai 1861.

Arbeid & Comp. Agenten der Gotha'schen Feuerversicherungsbank. Agentur der Lebensversicherungs- und Sparanstalt Stuttgart, und der Union-Versicherung zu London.

Chr.-u. Freischießen in Vörrach. Die Schützen-Gesellschaft in Vörrach wird am 26., 27. und 28. Mai d. J. ein **Chr.- und Freischießen im Gabenwerth von 700 fl.** abhalten; wozu alle Schützen und Schützenfreunde hiermit freundlich eingeladen werden. Auswärtige Schützen, die sich nicht ausweisen können, daß sie Mitglieder einer genehmigten Schützen-Gesellschaft sind, haben sich mit einem Waffenschein zu versehen. Vörrach, den 10. Mai 1861.

Der Schützenvorstand. T.336. **Hotel Aiezbach** am Brienzer See im Berner Oberlande. **Beleuchtung der Gießbachfälle.** Die regelmäßigen Beleuchtungen aller Fälle des Gießbachs beginnen mit dem 1. Juni, und finden bis Mitte Juli jeden Montag und jeden Samstag, frühestens aber allabendlich statt, Sonntags ausgenommen. Als Beitrag zu den Beleuchtungskosten wird von jeder Person 1 fr. erhoben. Bestausstellung der gewünschten Anzahl von Zimmern und Betten möchte sehr im Interesse der Besucher gelegen sein.

Offene Lehrstelle. T.337. Karlsruhe. Ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehener junger Mann kann gleich in einem Spezeis, ital., franz., engl. Speisewaren- und Fabrikgeschäft in die Lehre treten. Wo? sagt unter Nr. T.337. die Expedition dieses Blattes.

T.314. Mannheim. **Für Landwirthe.** Bei herannahender Saatzeit empfehlen wir die von uns eingeführten vorzüglichen englischen **Gras- und Mäh-Maschinen, Gewendeb- und Heusch- Maschinen**, wovon die gebräuchlichsten Arten bei uns zur Ansicht aufgestellt sind. **J. P. Lang & Co.** in Mannheim.

Erlenbad bei Achern. T.311. Der Unterzeichnete bringt seinem werthen Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß er seine Badeanstalt nebst Biegungsmaschine wieder eröffnet hat; nebst der heilsamen Mineralquelle bietet die schöne und gesunde Gegend den Gästen einen angenehmen Aufenthalt. **Ph. Ketterer, Badwirth.**

Soolbad Dürheim. T.300. Das vom Staat seit einigen Jahren ins Leben gerufene, mit der hiesigen Ludwigsalme verbundene Soolbad wird am 1. Juni d. J. eröffnet. Dasselbe liegt in nächster Nähe des Biedersteins Dürheim, zwischen den freundlichen Amstadien Donaueschingen und Billingen je 2 Stunden entfernt, an einer frequenten und guten Poststraße, in einer gesunden, von endemischen Krankheiten freien Gegend des Schwarzwaldes, und besteht aus zwei gesonderten Badehäusern, von welchen das eine ganz neu hergestellte, allen Anforderungen der Zweckmäßigkeit und Bequemlichkeit entspricht und sich in unmittelbarer Nähe des neuerdings wesentlich erweiterten und gut eingerichteten Saline-wirthehauses befindet.

Die hiesigen Soolbäder, deren Preis äußerst billig gestellt ist, verbunden mit zweckentsprechenden Douchen-einrichtungen und einem gut eingerichteten Sooldampfbade, haben bei tropischen Erkrankungen der verschiedensten Formen, bei gichtisch-rheumatischen Leiden, bei Knochenaffektionen, namentlich carieser und nekrotischer Natur, bei chronischen Hautkrankheiten, nervös-schmerzhaften Herdenzuzfällen u. dergl. in wenigen Jahren zahlreiche und ausgezeichnete Heilerfolge erzielt. Ein bei der Saline angestellter tüchtiger Arzt besorgt die ärztliche Leitung der Bäderkuren, und eine vollständig ausgestattete Apotheke bietet den Kranken alle zu wünschenden Unternehmungsmittel für die Bäderkur dar. Dürheim, den 11. Mai 1861. Groß. bad. Ludwigsalme-Verwaltung. Sprenger.

T.129. Ludwigsalme Rappena. **Soolbad Rappena.** Die hiesige Badeanstalt (Soolbad und Dampfbad, beide mit Douch-Vorrichtung) wird dem 27. Mai d. J. eröffnet; was mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß sich ein Baderarzt und eine Apotheke hier befinden. Ludwigsalme Rappena, 10. Mai 1861. Groß. Saline-Verwaltung. Fischer.

Durlacher Bemerkung, neben dem Rittershofgut und der Dörsenstraße, tarirt zu 1800 fl. 2) Viertel 9/10, Ruten im Grimmetterbacher Baum im Hohenbüschel, neben Jakob Friedrich Klement und Georg Adam Böhrer's Wittve, tarirt zu 450 fl. im Hause des Erblassers vor dem Friedrichshof in Karlsruhe, der Theilung wegen, öffentlich versteigert und können die Bedingungen bei Notar Grimmer dahier eingesehen werden. Karlsruhe, den 15. Mai 1861. Groß. bad. Stadtamts-Revisorat. G. Gerh. vdt. Müller.

T.325. D. Nr. 5153. Karlsruhe. **Waaren- und Cigarren-Versteigerung.** Aus dem Nachlaß des Kaufmanns Heinrich Edel in Karlsruhe werden, da dessen Gesellschafter Ernst Arbeit aus dem Geschäftseisen vorher ausgetreten ist, sämtliche Waaren der Firma Ernst Arbeit & Comp. gegen gleich baare Bezahlung im Hause Nr. 62 der Langenstraße öffentlich versteigert, und zwar am **Mittwoch den 22. d. M.,** sowie am 23., 24. und 25. d. M., je früh 9 Uhr und Mittags 2 Uhr anfangend: Glas- und Porzellanwaaren aller Art, darunter namentlich schöne Thee-, Kaffee- und Tafel-Service, Nippgegenstände u. s. w. u. s. w., Johann am **Montag den 27. d. M.,** und an den folgenden Tagen ebenso: Große Vorräthe an Cigarren. Karlsruhe, den 15. Mai 1861. Groß. bad. Stadtamts-Revisorat. G. Gerh. vdt. Müller.

T.344. Nr. 1982. Kehl. **Bergebung der in Kehl herzustellenden Gaseinrichtung.** Zur Beleuchtung des neuen Bahnhofs, der Stadt und eines Theiles von Dorf Kehl soll eine gemeinschaftliche Gaseinrichtung (Steinohlengas) für ca. 650 Flammen hergestellt werden; zu diesem Behuf werden von dem unterzeichneten groß. Post- und Eisenbahnamt schriftliche Nebenansumerkungen bis zum 5. Juni l. J. Vormittags 10 Uhr, mit dem Bemerkten entgegenzunehmen, daß die Angebote versegelt und portofrei, mit der Aufschrift: **Commission für Herstellung der Kehler Gaseinrichtung** zu versehen sind. Die Bedingungen, welche dieser Bergebung zu Grunde liegen, können während dieser Zeit auf dem Bureau der genannten Dienststelle eingesehen werden. Kehl, den 14. Mai 1861. Groß. bad. Post- und Eisenbahnamt. Der Vorstand: Der Bezirksingenieur. Glad. Schmitt.

T.305. Nr. 6200. Emmendingen. (Schuldenliquidation.) Die Gesellschafter Karl und Johanne Greishaber, zur Zeit in America, haben um nachträgliche Staatserlaubnis zur Auswanderung und Vermögensauflosung nachgesucht. Etwaige Forderungen an dieselben sind in der auf **Freitag den 24. Mai d. J.,** Vorm. 10 Uhr, dahier angeordneten Liquidationstagfahrt bei Gemein-den der Nichtbetheiligten geltend zu machen. Emmendingen, den 7. Mai 1861. Groß. bad. Obeamt. Sing. d. b.

T.328. Nr. 3092. Wallb. (Erbborlauebung.) Die vor mehreren Jahren nach Nordamerika ausgewanderten, unbekannt wo sich befindenden Brüder Franz und Johanne Woblfarth, ledig, von Wallb., sind als Rechtsfolger ihres Vaters, des verlebten Mathias Woblfarth von da, zu der bisher in Verwaltung des Josef Woblfarth alda gewesenen Erbschaft auf Ableben ihrer Großmutter, Christian Woblfarth's Wittve, Beneficent, geborne Gaffner, von Wallb. und ihres Cheims Ignaz Woblfarth, ledig von da, berufen. Dieselben werden nun hierdurch aufgefordert, sich **innen 3 Monaten, a dato,** zur Empfangnahme der Erbschaft dahier zu melden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen zugeheilt werden wird, welchen sie zufiele, wenn die Berelasteten zur Zeit des Erbfalls nicht mehr am Leben gewesen wären. Wiesloch, den 13. Mai 1861. Groß. bad. Amts-Revisorat. M. Vogel.

T.123. Lichtenhal. **Hausverkauf.** Das Schreinerhaus Nr. 15, in schönster Lage, mit 7 Zimmern, 2 Küchen, Pferdestall etc., wird **Donnerstag den 23. Mai, Vormittags 10 Uhr,** in seinen Räumen selbst versteigert, in oder auch bis dahin mit oder ohne Wibel unter der Hand zu kaufen. Man wende sich gefl. an den Eigenthümer oder an den Unterzeichneten. **M. Kamm, Bürgermeister.** T.324. Nr. 5159. Karlsruhe. **Hausversteigerung.** Aus dem Nachlaß des Meisterschmiedemeisters Heinrich Schumacher dahier wird am **Montag den 3. Juni d. J.,** Vormittags 10 Uhr, ein zweistöckiges Wohnhaus mit Seitengebäude in der Langenstraße Nr. 58, neben Hofstatter Johann Wunz und Kaufmann Heinrich Edel, tarirt zu 12,000 fl. in der Wohnung des Notars Grimmer, bei welchem die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können, der Theilung wegen öffentlich versteigert und erfolgt der Zuschlag, wenn der Schätzungspreis erreicht wird. Karlsruhe, den 15. Mai 1861. Groß. bad. Stadtamts-Revisorat. G. Gerh. vdt. Müller.

T.323. D. Nr. 5158. Karlsruhe. **Versteigerung von Steinbrüchen.** Aus der Verlassenschaftsmasse des Steinbauermeisters Karl Frier dahier werden am **Montag den 3. Juni d. J.,** Nachmittags 3 Uhr, zwei Steinbrüche, und zwar: 1) 6 Morgen 3 Viertel 7 Ruten im Hoyer auf

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Mittwoch, 15. Mai.

Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Per comptant.	Per comptant.	Per comptant.	Per comptant.
Öest. 5% M. l. S. B. R. 70% G.	Kurb. 4 1/2% Obl. b. Riba. 105 P.	Öest. 2500. 1839/81% G.	Amsterd. k. S. 99 1/2 G.
5% do. 1852 l. Lat. 64 P.	5% Obl. b. Riba. 102 P.	2500. 1854 64 r. 63 G.	Antwerpen 93 1/2 G.
5% do. 1859 l. Lat. 64 P.	3 1/2% Obl. ditto 100 P.	5000. von 1860 63 1/2 P.	Angsb. 106 B. 99 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 100 P.	1/2 Preuss. Pr. A. 117 1/2 P.	Berlin 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. bel. Riba. 104 1/2 P.	Schw. Riba. 100 B. 90 P.	Breslau 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	Badische 50-R. 100 P.	Brüssel 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Cöln 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Hamburg 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Leipzig 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Lond. 117 1/2 P.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Mailand 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	München 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Paris 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Triest 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Wien 105 1/2 G.
5% Nat. Anl. r. 1854 50% bez.	3 1/2% Obl. ditto 102 P.	35-R. 100 P.	Disconto 3 1/2 G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.		Wechsel-Kurse.	
Per comptant.	Per comptant.	Per comptant.	Per comptant.
Frankfurter Bank 500 R. 109 1/2 P.	4 1/2% Ldw.-Benz. Riba. Akt. 133 1/2 G.	Amsterd. k. S. 99 1/2 G.	Antwerpen 93 1/2 G.
Öest. Nat. Bank Akt. 675 bez.	4 1/2% Pf. Max. R. A. B. R. 100 P.	Angsb. 106 B. 99 1/2 G.	Berlin 105 1/2 G.
Öest. Credit. Akt. 400 187 bez.	4 1/2% Bayr. Ostb. Riba. Akt. 103 1/2 bez. u. G.	Breslau 105 1/2 G.	Brüssel 105 1/2 G.
Bayr. Bankaktien 500 R. —	4 1/2% Bayr. Ludw. A. C. Zinsb. 101 1/2 bez. u. G.	Cöln 105 1/2 G.	Hamburg 105 1/2 G.
Darmst. B. l. n. 2. Ser. A. 2500. 185 1/2 P.	4 1/2% Kurf. Fr. Wlb. Nord. A. —	Leipzig 105 1/2 G.	Lond. 117 1/2 P.
Weim. B. A. 100 Riba. 13 G.	4 1/2% Livorno-Florenz-Riba. Akt. 72 G.	Mailand 105 1/2 G.	München 105 1/2 G.
Mitteldeutsche Credit. 11 bez. u. G.	4 1/2% Hess. Ludwigsbahn. 99 1/2 P.	Paris 105 1/2 G.	Triest 105 1/2 G.
Norddeutsche 100 —	4 1/2% Öest. L. P. O. Z. 1. S. 60 1/2 P.	Wien 105 1/2 G.	Disconto 3 1/2 G.
Int. Bk. L. Luz. Fr. 250 87 P.	4 1/2% do. 2. do. —		
Ldw. H. Ldw. B. R. Erlang. 100 —	4 1/2% Ludw. B. l. n. 2. Pr. Obl. 105 G.		
Lipsa. Credit. Akt. Thlr. 100 —	4 1/2% do. Pr. Obl. 102 1/2 G.		
Tannus Eisenb.-A. 2500. 319 P. ex D.	4 1/2% Rhein-Nabe Pr. Obl. 98 G.		
Frankf. Han. Eisenb.-Akt. 68 1/2 P.	4 1/2% Frk. Han. Pr. Obl. 95 1/2 P.		
Norddeutsche 100 —	4 1/2% P. O. Fr. O. B. Fr. 28 —		
5% Öest. St. Pr. O. 25kr. b. R. 64 1/2 P.	Südd. Bankakt. 30 1/2 P. ex C.		
5% Fr. O. A. Öest. St. R. G. 60 P.	Sp. B. m. d. 17 1/2 P. L. Fr. 28kr.		
5% K. K. Eisenb.-Akt. A. 2500. 125 1/2 P.	St. C. A. G. P. G. 200 1/2 P.		
5% Eisenb.-Bahn Prior. 175 1/2 P.	Bayr. Ostb. B. R. 30 1/2 P.		
5% Fardub. Vrb. A. Act. 2000. 130 G.	Deutschl. Phön. Akt. 30 1/2 P.		
Rhein-Nabe B. 50 1/2 R. 123 P.	Präsidenten-Fauser 100 P.		